

Pressemitteilung

Reaktion auf die Äußerungen der CDU Morsbach vom 27.01.2010
("Die Bunte Liste und der Bürgermeister zeigen ihr wahres Gesicht!")

Die Äußerungen der CDU Morsbach zum Haushaltsplanentwurf, der am 26.01.2010 in der Ratssitzung vorgelegt wurde, können nicht unkommentiert bleiben.

Leider wird die Sachlage bewusst falsch dargestellt bzw. einseitig negativ aufgezeigt. Ich vermisse an dieser Stelle die angebotene "konstruktive Zusammenarbeit".

Das Jahresdefizit 2010 beträgt 4,3 Mio. EUR und nicht wie von der CDU angegeben 4,5 Mio. EUR. Das Jahr 2013 schließt mit einer Unterdeckung von geplanten 1,9 Mio. EUR ab und nicht mit "mindestens 2,0 Mio. EUR".

Ein Haushaltsausgleich ist in einem Zeitraum von vier Jahren darzustellen (2010 bis 2013) und nicht in drei Jahren.

Aber das sei nur nebenbei erwähnt.

Wenn hier die Rede davon ist, dass "die Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung [...] überschritten" sind, dann darf ich auf das Verfahren zur Errichtung einer Gesamtschule in Morsbach verweisen. Dabei sehe ich die Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung überschritten, weil es hier (und auch in anderen Bereichen) keine Eigenverantwortung der Kommunen mehr gibt.

Die im Grundgesetz normierte kommunale Selbstverwaltung mit finanzieller Eigenverantwortung inklusive steuerlichem Hebesatzrecht und das in der Landesverfassung verankerte Steuerfindungsrecht sind vielmehr dadurch überschritten und werden quasi ad absurdum geführt, dass die Kreis- und Jugendamtsumlage für das Jahr 2010 das Aufkommen der örtlichen Gemeindesteuern um 2,4 Mio. EUR überschreitet. D.h. sämtliche durch die Gemeinde Morsbach erhobenen Steuern müssen an den Kreis abgeführt werden.

Zum Vorwurf, die (von der CDU so genannte) "Bunte Liste und der Bürgermeister" hätten die Wählerinnen und Wähler über die tatsächliche Haushaltssituation bewusst getäuscht und man habe hier in Morsbach vielleicht ein "zweites Dortmund":

Der Quartalsbericht, den der Kämmerer in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 18. Juni 2009 vortrug, wies bereits eine Verschlechterung der allgemeinen Haushaltslage aus und erwartete eine Steigerung des Jahresfehlbedarfs von veranschlagten 3,2 Mio. EUR auf prognostizierte 4,8 Mio. EUR.

In der Ratssitzung am 30. Juni 2009 wurde den Ratsmitgliedern mitgeteilt, dass der Kämmerer auf Grund der dramatischen Gewerbesteuerbrüche und eines insgesamt drohenden Haushaltssicherungskonzepts eine Haushaltssperre erlassen hat.

Hier kann wohl kaum von einem zweiten Dortmund die Rede sein. Die Fakten beweisen sehr eindeutig, was die CDU mit ihrer Anschuldigung, die demzufolge völlig haltlos sind, bezwecken möchte.

Es ist ein Angriff auf die Vertrauenswürdigkeit und Integrität der Verwaltung und in Person des Kämmers und des Bürgermeisters.

Zum weiteren Inhalt nur einige wenige Anmerkungen:

Die von der CDU so genannte "Streichliste" ist ein Diskussionspapier, was die Haushaltsplanberatungen in den Fraktionen unterstützen soll, Prioritäten zu setzen. In einer Auflistung werden "mögliche Konsolidierungspunkte" zusammengefasst dargestellt.

Leider hat die CDU meine Ausrichtung nicht verstanden und erkannt. Mir geht es gerade darum, bestehende Einrichtungen möglichst zu erhalten, aber eben unter anderen Bedingungen, die den Haushalt der Gemeinde weniger belasten.

Es tut mir leid und fällt mir selber auch schwer, aber man muss auch darauf hinweisen, dass wir uns noch einigen "Luxus" leisten. Luxus im Sinne von rechtlich nicht vorgeschriebenen Leistungen, die durch die Kommune erbracht werden. Jede Privatperson macht sich in Zeiten "knapper Kasse" Gedanken, wo noch Einsparungen zu erzielen sind.

Im Übrigen geht es darum, dass man Prioritäten festlegt, was auch in Zukunft erhalten bleiben soll, und wo man nun mal Einschnitte vornehmen muss.

Ein "Weiter so!" gibt es nicht mehr! Das strukturelle Defizit im Gemeindehaushalt muss verringert werden, und dazu sind nun auch unangenehme Maßnahmen zu ergreifen.

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Diskussionspapier dient nicht dem Selbstzweck des Bürgermeisters oder der Verwaltung, sondern dient als Grundlage zur Aufstellung eines gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltssicherungskonzeptes und entspricht den Vorgaben des Innenministers NRW zur Haushaltssicherung. Durch Umsetzung der vom Rat festzulegenden Maßnahmen soll ein Minimum an kommunaler Selbstverwaltung und Gestaltungsmöglichkeit erhalten bleiben. Ohne Konsolidierungswille wird die Gemeinde Morsbach dauerhaft in der Haushaltssicherung bleiben und von der Kommunalaufsicht beim Kreis und Regierungspräsidenten in ihrer Selbstverwaltung eingeschränkt. Aus diesem Grund hat der Regierungspräsident Ende 2009 verfügt, dass es ohne ein gemeinsames Vorgehen von Rat und Verwaltung und ohne eine politische Einigung im Rat keine Konsolidierungserfolge geben wird. Bei der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes haben Rat, Bürgermeister, Kämmers und Verwaltungsvorstand eine besondere Verantwortung, denn es ist ihre Pflicht, die Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung der (Pflicht-)Aufgaben gesichert ist.

Scheinbar möchte sich die CDU dieser politischen Verantwortung entziehen.

Die Anhebung der Grundsteuer B von 400 % auf 530 % im Jahr 2011 wird nur notwendig, um die gestiegene Kreisumlage im nächsten Jahr bezahlen zu können.

Noch einmal klar und deutlich: der Haushaltsausgleich in 2010 und in den Folgejahren kann nicht dargestellt werden, weil die Gewerbesteuererträge in einem ungewöhnlich hohen Maße zurückgegangen sind. Lag die Veranschlagung bisher zwischen sechs und sieben Mio. EUR, sind es für 2010 gerade noch 3,5 Mio. EUR.

Hinzu kommt die stetig steigende Kreis- und Jugendamtsumlage. So ist es nun mal!

Ohne diese Punkte müsste die Gemeinde Morsbach kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen!

Zuletzt auch noch ein Wort zu den persönlichen Anschuldigungen, der Bürgermeister zeige jetzt sein wahres Gesicht und habe die Wählerinnen und Wähler über die tatsächliche Haushaltssituation bewusst getäuscht.

Diese Vorwürfe weise ich entschieden zurück! Da die CDU ja nach Möglichkeit nicht mit mir gesprochen oder Themen unmittelbar mit mir diskutiert hat, und außerdem mein Mitbewerber auch von einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung abgehalten wurde, können sie ja nicht wissen, was ich im Wahlkampf tatsächlich gesagt habe.

Ich denke, dass ich immer auf die äußerst schwierige und angespannte Haushaltssituation hingewiesen habe. Das kann von vielen Gesprächspartnern bestätigt werden, mit denen ich mich über finanzielle Angelegenheiten unterhalten habe.

Über Folgekosten der Baumaßnahme am Schulzentrum bin ich mir sehr bewusst, weiß diese aber abzuwägen gegenüber dem Mehrwert, den wir dort für unsere Schulen aber auch für unsere "heimatlosen" Vereine erreichen. Durch Investitionszuschüsse von insgesamt 1,3 Mio. EUR, angesparte Schulpauschale und die zwingende Notwendigkeit, eine Mensa zu bauen, lässt sich die Baumaßnahme in einem erträglichen Rahmen auch finanziell darstellen.

Im Übrigen bin ich im oben Genannten bereits auf die weiteren Punkte eingegangen.

Jörg Bukowski
Bürgermeister der Gemeinde Morsbach